

Absender

Datum

Stadtverwaltung Hagen
Abteilung Wohnen
60/2
Postfach 42 49
58042 Hagen

**Antrag des Vermieters/Verfügungsberechtigten
auf Freistellung einer geförderten Wohnung**

(bei Fragen zur Antragstellung wenden Sie sich bitte an die Sachbearbeitung)

1) Nach § 19 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) wird eine Befreiung von der Wohnberechtigung für folgende Wohnung beantragt:

Straße _____	Hausnr. _____	Etage _____
Räume _____	Wohnfläche _____ qm	
Nettokaltmiete monatlich _____	€	
Vormieter _____		
Auszug am _____	Neuvermietung ab _____	

Die Freistellung bezieht sich:

- auf einen Vorbehalt zugunsten des Personenkreises _____ ,
- auf die Einhaltung der angemessenen Wohnungsgröße,
- auf die Einhaltung der Einkommensgrenze gem. § 13 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG), Einkommensprüfung erfolgte bereits

2) Erklärung des Haushaltsvorstandes zur beantragten Wohnungsnutzung

Folgende Personen beabsichtigen die o.g. Wohnung dauerhaft gemeinsam zu beziehen:

	Name, Vorname	Geburtsdatum	Status	eigenes Einkommen Ja / nein	Staats- angehörigkeit	Familien- stand
1			Haushalts- vorstand			
2						
3						
4						
5						

(Anschrift)

Bei Rückfragen tagsüber telefonisch erreichbar: _____ (freiwillige Angabe)

Ich versichere, dass die vorstehenden Erklärungen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift Haushaltsvorstand zu 2)

3) Begründung zum Freistellungsantrag:

(Bitte kreuzen Sie **eine** der beiden Alternativen an)

- Trotz erheblicher Bemühungen war für die Wohnung kein annahmebereiter Haushalt *mit Wohnberechtigungsschein* am örtlichen Wohnungsmarkt zu ermitteln.
Es wird daher eine **Freistellung aus wohnungswirtschaftlichen Gründen** beantragt:

In einem gesetzlich vorgegebenen **Zeitraum von** (in der Regel) **3 Monaten ab Kündigung** muss der Vermieter/Verfügungsberechtigte nachweislich Bemühungen unternommen haben, einen annahmebereiten wohnberechtigten Haushalt zu finden.

Bitte schildern Sie die in den letzten Monaten unternommene erfolglose Bewerbung der freien Wohnung möglichst ausführlich (ggf. weiteres Blatt beifügen); bei Annoncen im Internet oder in der Zeitung fügen Sie bitte ein Text-Beispiel bei, auf eine eventuell bestehende Zweckbindung muss im Text hingewiesen sein;

Meine Versuche, die Wohnung anspruchsberechtigten Wohnungsuchenden zugänglich zu machen, laufen bereits seit dem _____.

- Der Zeitraum von 3 Monaten ist verstrichen.
 Für die Wohnung wurde durch die Abteilung Wohnen am _____ eine offizielle Leerstands-Genehmigung erteilt.

Seit Kündigung der Wohnung wurden Haushalte mit Wohnberechtigungsschein auf das Wohnungsangebot wie folgt hingewiesen:

- Die Wohnung wurde mehrfach auf dem örtlichen Wohnungsmarkt ohne Erfolg angeboten (**Belege über Annoncen in Zeitung und/oder Internet sind als Anlage beigefügt**)
 Die Wohnung wurde insgesamt _____ Interessenten aus dem eigenen Bestand ohne Erfolg angeboten. Als Ablehnungsgrund wurde häufig angegeben:

 Die Wohnung wurde durch die Vermittlungsstelle der Abteilung Wohnen am _____ ergebnislos angeboten.
 sonstige Vermittlungsbemühungen wurden unternommen (bitte Art und Dauer angeben):

- An der **Freistellung** besteht ein **besonderes berechtigtes Interesse** meinerseits als Vermieter oder eines Dritten (z.B. des wohnungsuchenden Haushaltes)

Geförderter Wohnraum soll grundsätzlich der Versorgung **berechtigter Haushalte** dienen. Im vorliegenden Fall wird eine Freistellung aus einer besonderen Interessenlage heraus beantragt.

Bitte begründen Sie die Besonderheit der Situation und fügen Sie ggf. Nachweise bei

Bei einer Freistellung aufgrund überwiegenden berechtigten Interesses ist ein Förderausgleich erforderlich, wenn das anrechenbare Gesamteinkommen des Haushaltes die maßgebende Einkommensgrenze um mehr als 5 % übersteigt.

Wichtiger Hinweis: Bitte vergessen Sie die Begründung und Nachweise dazu nicht, da sonst über den Antrag nicht entschieden werden kann.

Nachträgliche Vermittlungsbemühungen und fehlende Nachweise können zu einer Verzögerung des Antragsverfahrens führen und erschweren eine zeitnahe Entscheidung.

Unterschrift der/des Verfügungsberechtigten